

**BERLIN - INTERN
DER INFOBRIEF**



der
LANDESGRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)
Uwe Feiler, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB
Martin Patzelt, MdB
Jana Schimke, MdB
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB
Sebastian Steineke, MdB
Dr. Dietlind Tiemann, MdB

Inhaltsverzeichnis:

Nr. 50 / 2017 (15. Dezember 2017)

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Die deutsche Wirtschaft im Dezember 2017
3. 16. Tagung des Stabilitätsrates von Bund und Ländern
4. Mehr Pflegebedürftige erhalten Leistungen
5. Bundesausbildungsbericht 2017
6. Öffentliche Bildungsausgaben stiegen 2016 auf 128 Milliarden Euro
7. Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

nachdem am Mittwoch das erste Vorsondierungsgespräch zwischen Union und SPD stattfand, hat sich die SPD heute bereit erklärt, in konkrete Sondierungsverhandlungen eintreten zu wollen. Grundsätzlich ist die Entscheidung der SPD nach ihrem mehrwöchigen hin- und herlavieren zu begrüßen. Ob es dann im Ergebnis tatsächlich zu Koalitionsverhandlungen kommt, bleibt abzuwarten, da über das Ergebnis der Sondierungsverhandlungen erneut ein SPD-Bundesparteitag entscheiden wird. Ich wünsche Ihnen einen schönen 3. Advent.

Ihr

Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Die deutsche Wirtschaft im Dezember 2017

Die deutsche Konjunktur befindet sich in einem dynamischen Aufschwung. Im dritten Quartal war die Wirtschaftsleistung (BIP) stark um preis-, saison- und kalenderbereinigt 0,8 Prozent gestiegen. [1] Die Konjunktur war bereits im ersten Halbjahr kräftiger als bisher statistisch ausgewiesen. Angesichts der Entwicklung im bisherigen Jahresverlauf zeichnet sich ein starkes Jahresergebnis ab. [2] Im dritten Quartal lieferte insbesondere der positive Außenbeitrag in Höhe von 0,4 Prozentpunkten Impulse, weil die Exporte stärker expandierten als die Importe. Angesichts ausgelasteter Produktionskapazitäten und günstiger Finanzierungsbedingungen zogen die privaten Investitionen in Ausrüstungen an; sie stiegen im dritten Quartal um 2,8 Prozent. Zudem kam es zu einem Vorratsaufbau. Der private Konsum, wesentlicher Wachstumstreiber der letzten Jahre, stagnierte vorübergehend (-0,1 Prozent). Der Beschäftigungsaufwuchs setzte sich nahezu ungebremst fort und auch die Einkommen nahmen im abgelaufenen Quartal weiter zu. Insgesamt dürfte sich die gute wirtschaftliche Entwicklung zum Jahresende fortsetzen. Der Anstieg der Industrieproduktion könnte allerdings im vierten Quartal geringer ausfallen. Die konjunkturelle Grundtendenz bleibt aber kräftig. Hierauf weisen auch die sehr positiven Stimmungsindikatoren hin.

Die Weltwirtschaft gewinnt auf Jahressicht weiter an Fahrt. Die weltweite Industrieproduktion nahm im September erneut zu und setzte damit ihre aufwärtsgerichtete Entwicklung fort. Im September lag sie um 3,9 Prozent über dem Niveau vor einem Jahr. Die globalen Stimmungsindikatoren spiegeln einen zunehmenden Optimismus wider. In den Industriestaaten setzte sich der konjunkturelle Aufschwung im dritten Quartal fort. Im Euroraum nahm das BIP im dritten Vierteljahr um 0,6 Prozent in den Vereinigten Staaten um 0,8 Prozent und in Japan um 0,6 Prozent zu. Von den Schwellenländern verzeichnete China wieder eine gleichmäßigere wirtschaftliche Entwicklung und Russland und Brasilien haben ihre Rezession überwunden. Insgesamt wird daher das Wachstum der Weltwirtschaft höher ausfallen als im Vorjahr. Die OECD rechnet in ihrem Ausblick vom November nun mit einem globalen Wachstum von 3,6 Prozent.

Nach der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank erhöhten sich die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen im Oktober 2017 in jeweiligen Preisen leicht um 0,2 Prozent gegenüber dem Vormonat. Im weniger schwankungsanfälligen Dreimonatsvergleich bleibt der Trend angesichts des globalen Aufschwungs aufwärtsgerichtet (+0,9 Prozent). Die Einfuhren erhöhten sich im Oktober um 1,9 Prozent. Im Dreimonatsvergleich nahmen sie etwas weniger stark als die Ausfuhren um 0,7 Prozent zu. Der kumulierte Leistungsbilanzüberschuss liegt im laufenden Jahr weiterhin unter dem des Vorjahreszeitraums. Die positiven Signale der nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft sowie die weltwirtschaftliche Belebung deuten trotz zwei schwacher Monate auf eine weitere Expansion der deutschen Exporte hin.

Die dynamische Industriekonjunktur zeigt sich nahezu in allen Industriezweigen. Die Auftragseingänge, die bereits im dritten Quartal mit einer Rate von 3,7 Prozent sehr kräftig zunahmen, erhöhten sich nochmals im Oktober (+0,5 Prozent). Entsprechend hoch sind die Auftragsbestände. Das ausgezeichnete Geschäftsklima signalisiert eine Fortsetzung der positiven Entwicklung. Nicht zuletzt wegen der Lage der Sommerferien und aufgrund von Brückentagen war die Industrieproduktion im September und Oktober rückläufig. Damit deutet sich ein nicht ganz so wachstumsstarkes Jahresendquartal an. Die Bauproduktion verläuft seit dem dritten Quartal trotz günstiger Rahmenbedingungen und einer starken Nachfrage allenfalls seitwärts. Sie war aber dennoch auch im Oktober 2017 – arbeitstäglich bereinigt – um reichlich vier Prozent höher als vor einem Jahr. Ein entscheidender Grund für die schwächere Entwicklung dürfte sein, dass sich die Bauwirtschaft nahe ihrer Kapazitätsgrenzen bewegt und Arbeitskräfte rar werden.

Der private Konsum war, gestützt auf eine gute Entwicklung von Einkommen und Beschäftigung, während des langen Aufschwungs der verlässliche Träger der binnenwirtschaftlichen Entwicklung. Im dritten Quartal ging er saisonbereinigt erstmals seit dem vierten Quartal 2013 leicht um 0,1 Prozent zurück. Dies zeigte sich auch in dem nahezu stagnierenden Umsatz im Einzelhandel (+0,2 Prozent), dessen Start in das Jahresschlussquartal ebenfalls holprig war (-1,2 Prozent). Die Umsätze im Kfz-Handel, die bis September vorliegen, blieben demgegenüber im dritten Quartal aufwärtsgerichtet. Die Inflationsrate lag im November bei 1,8 Prozent. Da Einkommen und Beschäftigung weiter zunehmen, die Konsumlaune positiv ist und sich

das ifo Geschäftsklima für den Einzelhandel unverändert auf hohem Niveau bewegt, dürften die privaten Konsumausgaben weiter zunehmen.

Die Lage und der Ausblick am Arbeitsmarkt bleiben positiv. Die Erwerbstätigkeit wächst seit dem zweiten Quartal etwas moderater als im letzten Winterhalbjahr, im Oktober saisonbereinigt um 41.000 Personen. Damit waren zuletzt 650.000 Personen mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor. Im September stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, bereinigt um die Saisoneinflüsse, um 35.000 Personen. Die einschlägigen Frühindikatoren von BA, ifo und IAB signalisieren eine anhaltend hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in weiten Teilen der Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung gingen im November saisonbereinigt um 18.000 bzw. 21.000 Personen zurück. Nach Ursprungszahlen sank die Arbeitslosigkeit auf 2,37 Mio. Personen, den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte sich fortsetzen; er könnte jedoch etwas schleppender verlaufen, weil Personen mit Migrationshintergrund nach dem Abschluss von Integrations- und Sprachkursen nicht sofort auf dem Arbeitsmarkt Erfolg haben. Zudem bleiben weitere Herausforderungen, wie der nach wie vor hohe Stand atypischer und in der Regel niedrig entlohnter Beschäftigung, die Eindämmung der Langzeitarbeitslosigkeit und die höhere Arbeitslosigkeit in strukturschwachen Gebieten, bestehen.

3. 16. Tagung des Stabilitätsrates von Bund und Ländern

Der Stabilitätsrat trat am vergangenen Montag unter dem Vorsitz des Finanzministers des Landes Hessen Dr. Thomas Schäfer als Vorsitzendem der Finanzministerkonferenz und des Staatssekretärs Werner Gatzer als Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen in Berlin zu seiner 16. Sitzung zusammen. Deutschland befindet sich in einer anhaltend guten Wirtschaftslage: Die Kapazitäten der Industrie sind überdurchschnittlich ausgelastet, der Außenhandel prosperiert, der private Konsum zieht angesichts der positiven Beschäftigungsentwicklung und steigender Lohnzuwächse an.

Unter diesen Rahmenbedingungen weist der Staatshaushalt weiterhin Überschüsse aus. Nach dem strukturellen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im vergangenen Jahr erwartet der Stabilitätsrat für 2017 einen strukturellen Finanzierungsüberschuss von rund 1¼ Prozent des BIP.

Der unabhängige Beirat bestätigt dieses Ergebnis und geht davon aus, dass die Obergrenze des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits von 0,5 Prozent des BIP mit erheblichem Abstand eingehalten wird. Für die im Rahmen der 15. Sitzung des Stabilitätsrates vom Beirat empfohlene Einbeziehung der Sozialversicherungen und Kommunen in die Schuldenbremsen von Bund und Ländern sieht der Stabilitätsrat keine rechtliche Grundlage und keine zwingende fachliche Notwendigkeit. Der Stabilitätsrat erwartet auch in den nächsten Jahren gesamtstaatlich strukturelle Überschüsse, die sich allerdings bei einer starken Ausgabendynamik leicht verringern.

Die Schuldenquote wird sinken und im Finanzplanungszeitraum die Maastricht-Obergrenze von 60 Prozent des BIP wieder einhalten. Aus der aktuell guten Finanzlage ergeben sich allerdings nur begrenzte Spielräume für neue haushaltspolitische Maßnahmen: Die gute Haushaltslage wird in erheblichem Umfang durch die konjunkturell bedingte Zunahme der öffentlichen Einnahmen und das anhaltende Niedrigzinsumfeld getragen. Die günstige Lage der öffentlichen Haushalte sollte daher genutzt werden, um Vorsorge für künftige Jahre zu treffen. Damit wird die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte abgesichert, und Bund, Länder und Gemeinden bleiben auch in späteren konjunkturellen Schwächephasen handlungsfähig.

Im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung hat der Stabilitätsrat die haushaltswirtschaftliche Lage von Bund und Ländern auf der Grundlage ihrer Stabilitätsberichte geprüft. Der Stabilitätsrat hat dazu mit den Ländern Bremen und Saarland Sanierungsprogramme für die Jahre 2017 bis 2020 vereinbart. Mit der Verlängerung der Sanierungsverfahren können beide Länder weiterhin wirkungsvoll bei ihrer - 2 -

strukturellen Haushaltskonsolidierung unterstützt werden. Bei den anderen Ländern ergeben sich ebenso wie beim Bund keine Hinweise auf eine drohende Haushaltsnotlage.

Der Stabilitätsrat hat die Fortschrittsberichte der ostdeutschen Länder zum Aufbau Ost im Jahr 2016 beraten. Er stellt fest, dass alle ostdeutschen Länder zum fünften Mal in Folge die im Rahmen des Solidarpakts II erhaltenen Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (Korb I) in Höhe von rund 4,3 Mrd. Euro vollständig solidaripaktgerecht verwendet haben. Darüber hinaus hat der Bund rund 2,0 Mrd. Euro an überproportionalen Leistungen für den Aufbau Ost bereitgestellt. Damit hat er in Summe bereits rund 99 Prozent seiner Verpflichtungen zum Korb II des Solidarpakts II erfüllt.

4. Mehr Pflegebedürftige erhalten Leistungen

Drei Pflegestärkungsgesetze haben einen deutlichen Ausbau der Leistungen in der Pflege nach sich gezogen. Durch die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs zum 1. Januar 2017 hat auch die Zahl der Leistungsempfänger erheblich zugenommen – um 250.000 im Vergleich zum Vorjahr. Seit 1. Januar 2017 gilt ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff. Im Mittelpunkt steht der tatsächliche Unterstützungsbedarf, gemessen am Grad der Selbständigkeit. Dies ist unabhängig davon, ob jemand an einer geistigen oder körperlichen Einschränkung leidet. So passen die Leistungen genauer auf die persönliche Situation. Mit dem neuen Begutachtungssystem wurden aus den bisherigen drei Pflegestufen fünf Pflegegrade.

Insgesamt haben die drei Pflegestärkungsgesetze, die in der letzten Wahlperiode beschlossen wurden, zu einem Ausbau des Leistungsvolumens um mehr als 20 Prozent geführt – das sind gut fünf Milliarden Euro jährlich.

Von Januar bis Oktober 2017 haben die MDK-Gutachter über 1,27 Millionen Versicherte nach dem neuen Verfahren begutachtet. Bei 1.098.839 Versicherten empfahlen die Gutachter einen der fünf Pflegegrade. 659.822 dieser Versicherten haben erstmals Leistungen erhalten, die sich folgendermaßen auf die einzelnen Pflegegrade verteilen:

Gesamtzahl der begutachteten Personen: 1.267.888

davon nicht pflegebedürftig:	169.094 (13,3 %)
davon Pflegegrad I	221.556 (17,5 %)
davon Pflegegrad II	369.514 (29,1 %)
davon Pflegegrad III	277.028 (21,8 %)
davon Pflegegrad IV	159.651 (12,6 %)
davon Pflegegrad V	71.090 (5,6 %)

Darüber hinaus wurden in den ersten Monaten dieses Jahres zusätzlich über 268.000 Versicherte nach dem alten Verfahren begutachtet, die dann automatisch in einen der fünf Pflegegrade übergeleitet wurden. Dabei handelt es sich um Personen, die vor dem 1. Januar 2017 einen Antrag gestellt hatten. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wurden in diesem Jahr rund 250.000 zusätzliche Leistungsempfänger neu anerkannt.

Hintergrund:

Pflegebedürftige müssen die Leistungen bei ihrer Krankenkasse beantragen, denn bei dieser ist zugleich die Pflegekasse angesiedelt. Daraufhin stellen der Medizinische Dienst oder andere unabhängige Gutachterinnen und Gutachter fest, was die pflegebedürftige Person selbstständig kann und was nicht. Auf dieser Basis wiederum erfolgt die Einstufung in einen Pflegegrad. Alle Versicherten haben einen gesetzlichen Anspruch auf Pflegeberatung. Für gesetzlich Versicherte sind die Pflegekassen zuständig. Auch pflegende Angehörige

und weitere Personen, zum Beispiel ehrenamtliche Pflegepersonen, haben einen eigenständigen Anspruch auf Pflegeberatung. Voraussetzung ist, dass der oder die Pflegebedürftige zustimmt.

5. Bundesausbildungsbericht 2017

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist in diesem Jahr mit 523.300 gegenüber dem Vorjahr gestiegen (plus 3000). Zu dieser Entwicklung haben besonders stark die betrieblichen Ausbildungsverträge beigetragen (plus 4.700). Treiber im Ausbildungsmarkt sind das Handwerk, der Öffentliche Dienst und die Freien Berufe.

Sie steuern knapp 3.000 neue Ausbildungsplätze bei. Die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverträge sank nach dem Rückgang im Vorjahr noch einmal um 8,7 Prozent auf 15.900. Rechnerisch standen 100 nachfragenden Jugendlichen 104,6 Ausbildungsangebote gegenüber (2016: 104,2). Dies sind Ergebnisse der Erhebung über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September 2017, die das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) vorgelegt hat.

Insgesamt ist die Zahl der neu abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverträge im dualen System sowohl in den alten wie den neuen Ländern gestiegen. Zum ersten Mal tauchen auch Menschen mit Fluchthintergrund in größerer Zahl in der Ausbildungsstatistik auf. Laut Bundesagentur für Arbeit haben sich bis zum 30. September knapp 26.500 Bewerber mit Fluchthintergrund gemeldet, von denen mehr als ein Drittel (35,9 Prozent) eine Ausbildung begonnen oder an einer anderen Eingliederungsmaßnahme teilgenommen hat.

Insgesamt verzeichnet die Statistik auch für das Jahr 2017 mehr unbesetzte Ausbildungsstellen als unversorgte Bewerber. Zum achten Mal fiel die Zahl der noch freien Ausbildungsstellen höher aus als im Jahr zuvor: Von den bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsstellen waren Ende September 2017 noch 49.000 unbesetzt. Das sind 5.500 Stellen bzw. 12,6 Prozent mehr als im Vorjahr, und zeigt, dass die regionalen Unterschiede von Angebot und Nachfrage weiter fortbestehen.

Die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber ist mit 23.700 gegenüber dem Vorjahr um gut 3.000 Personen gestiegen. Dies betrifft insbesondere die neuen Bundesländer (plus 25 Prozent). Dagegen hat sich die Zahl der Bewerber, die eine Alternative zur Ausbildung gefunden haben, aber weiterhin eine Ausbildung suchen, um 3.500 Personen vermindert. Sie liegt jetzt bei 56.500 (minus 5,9 Prozent). Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt bleiben eine große Herausforderung. Regionen mit vielen unbesetzten Ausbildungsstellen stehen Regionen gegenüber, in denen es Jugendliche besonders schwer haben, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Gerade in der aktuell guten konjunkturellen Lage suchen viele Betriebe nach geeigneten Bewerbern für eine betriebliche Ausbildung. Für kleine und mittlere Ausbildungsbetriebe steigen die Herausforderungen, ihre Ausbildungsplätze auch zu besetzen. Digitalisierung und die Öffnung für Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund sind auch Chancen, attraktive Angebote für junge Menschen bereitzustellen. Das Bundesbildungsministerium (BMBF) fördert Attraktivität und Innovationen in der beruflichen Bildung durch das Programm JOBSTARTERplus.

Unter dem Dach "Berufsbildung 4.0" bündelt das BMBF zudem Maßnahmen der Fachkräftequalifikation für die digitalisierte Arbeit von morgen, das Sonderprogramm zur Digitalisierung in Berufsbildungsstätten und Projekte zum Einsatz digitaler Medien in der Beruflichen Bildung.

Die BIBB-Erhebung über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge wird jährlich in Zusammenarbeit mit den für die Berufsausbildung zuständigen Stellen durchgeführt. Dabei werden die Ausbildungsverträge berücksichtigt, die in der Zeit vom 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September des Erhebungsjahres neu abgeschlossen wurden.

6. Öffentliche Bildungsausgaben stiegen 2016 auf 128 Milliarden Euro

Im Jahr 2016 haben Bund, Länder und Gemeinden 128,4 Milliarden Euro für Bildung ausgegeben, das sind 4,4 Milliarden Euro beziehungsweise 3,5 % mehr als im Vorjahr. Zu diesem Ergebnis kommt das Statistische Bundesamt im Bildungsfinanzbericht 2017 auf Basis von vorläufigen Daten für die öffentlichen Haushalte. Der am 14. Dezember 2017 veröffentlichte Bericht wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie der Kultusministerkonferenz erstellt.

Circa die Hälfte (49,9 %) der öffentlichen Bildungsausgaben im Jahr 2016 wurde für Schulen aufgewendet. Weitere 23,2 % entfielen auf Hochschulen, 19,2 % auf Kindertageseinrichtungen sowie 7,7 % auf die Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern, das Sonstige Bildungswesen (zum Beispiel Volkshochschulen) sowie die Jugendarbeit.

Im Jahr 2016 stellten der Bund 9,8 Milliarden Euro, die Länder 90,6 Milliarden Euro und die Gemeinden 28,0 Milliarden Euro für Bildung bereit. Die durchschnittlichen öffentlichen Bildungsausgaben pro Kopf lagen im Jahr 2016 bei 1 600 Euro. Je Einwohnerin und Einwohner unter 30 Jahren betragen sie 5 300 Euro. Neben den öffentlichen Bildungsausgaben (Kapitel 3 und 4) enthält der Bildungsfinanzbericht für die Jahre 2014 und 2015 auch die Bildungsausgaben in Abgrenzung des Bildungsbudgets (Kapitel 2) sowie für das Jahr 2014 in internationaler Abgrenzung (Kapitel 5).

Den vollständigen Bericht finden Sie unter:

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/Bildungsfinanzbericht1023206177004.html>

7. Kurz notiert

Tarifverdienste 2017 voraussichtlich 2,3 % höher als im Vorjahr

Die Tarifverdienste – gemessen am Index der tariflichen Monatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen – werden nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2017 voraussichtlich um 2,3 % höher liegen als im Vorjahr. Berücksichtigt wurden tarifliche Grundvergütungen und tariflich festgelegte Sonderzahlungen wie Einmalzahlungen, Jahressonderzahlungen oder tarifliche Nachzahlungen. Ohne Sonderzahlungen werden die tariflichen Monatsverdienste voraussichtlich um 2,8 % gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt 2016 steigen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung prognostiziert in seinem aktuellen Jahresgutachten für das Jahr 2017 einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,7 %. Damit liegt die Verdienstentwicklung der Tarifbeschäftigten im Jahr 2017 oberhalb der Preissteigerung.

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent